

CDU NRW:

Langfristige Perspektive für die deutsche Steinkohle

Zu den öffentlichen Diskussionen über die Zukunft deutscher Steinkohle in der Verstromung und den laufenden Verhandlungen zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium und den Elektrizitätsversorgungsunternehmen erklärte der Landesvorstand der nordrhein-westfälischen CDU nach seiner Sitzung am 27. Januar:

① Der deutsche Steinkohlenbergbau, die bei ihm beschäftigten Arbeitnehmer sowie die Bergbauregionen brauchen Klarheit über die weitere Entwicklung. **Klarheit und Verlässlichkeit** lassen sich jedoch nicht erreichen, wenn in den Verhandlungen des Bundeswirtschaftsministeriums mit den EVU's nach einer Lösung gesucht wird, deren Zeithorizont nur bis zum Jahr 1991 reicht. Wir wollen deshalb keine Klärung in Raten, sondern eine Klärung im Jahr 1989, die über das Jahr 1995 hinausreicht.

② Wir werden nicht hinnehmen, daß aufgrund kurzfristiger und damit kurzfristiger Lösungen Absatzeinbrüche ab 1995 Arbeitnehmer und Regionen überfordern. Mit uns sind **Änderungen der Mengenvereinbarungen** des laufenden Vertrages für die Jahre bis 1995 **nur bei gleichzeitiger Verlängerung des Vertrages** möglich.

③ Notwendige Anpassungsprozesse werden nur im **sozial- und regionalverträglichen Rahmen** zugelassen.

④ Wir gehen weiterhin davon aus, daß auch die Elektrizitätsversorgungsunternehmen an einem Kompromiß bei den anstehenden Gesprächen interessiert sind und deshalb zu einer **Gesamtlösung** bei-

tragen werden, die Ihnen und den Stromverbrauchern durch weiteren Einsatz von Kohle und Kernkraft bei der Stromerzeugung **Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige** Stromtarife ermöglicht.

⑤ Wir erwarten, daß die Landesregierung Nordrhein-Westfalen die Bemühungen der nordrhein-westfälischen CDU unterstützt, **Verbündete in anderen Bundesländern für eine Fortschreibung der Kohlepolitik** zu finden, und die dem Bundeskanzler gegebene Zusage endlich einlöst, sich aktiv in die Gespräche über die Stabilisierung des Verstromungsfonds mit eigenen Vorschlägen einzuschalten.

Eine sachgerechte und seriöse Behandlung der Probleme erfordert vom Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens mehr als die Ablehnung eines gespaltenen Kohlepfennigs bzw. eigener finanzieller Anstrengungen zugunsten regionaler Sonderprobleme einzelner Schachtanlagen.

⑥ Wir erwarten, daß die SPD in Nordrhein-Westfalen und in den anderen Bundesländern nicht bei **Bekanntnissen zur heimischen Kohle** stehenbleibt, sondern die bestehende große Diskrepanz zwischen Bekanntnissen und praktischem

Handeln überwindet. Sowohl SPD-geführte Bundesländer als auch SPD-geführte Städte in Nordrhein-Westfalen wollen inzwischen den Einsatz importierter Steinkohle vermehren.

⑦ Wir fordern die Landes- und Bundes-SPD nachdrücklich auf, zu einem energiepolitischen Konsens zurückzufinden, der

uns das Einwerben der Unterstützung aus revierfernen Ländern erleichtert.

Bestandteil dieses energiepolitischen Konsenses muß sowohl der **einvernehmliche Weiterbetrieb des vorhandenen Kraftwerksparks** in der Bundesrepublik sein als auch die **Mitwirkung an ganz konkreten Fortschritten in der Entsorgungsfrage.**

Antonius Rösenberg, MdL: „Rau ist gefordert“

Schwangerschaftsabbruch ist Tötung am Ungeborenen

Der familienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Antonius Rösenberg, MdL, appelliert an den Ministerpräsidenten Johannes Rau, den Antrag der CDU auf Durchführung einer Kampagne des Landes Nordrhein-Westfalen „Ja zum Leben — Schutz des ungeborenen Kindes“ zu unterstützen und in die Tat umzusetzen.

Rösenberg beruft sich auf eine Umfrage des Allensbach-Instituts von 1988 und führt aus: „Wenn 34 Prozent der Bevölkerung davon überzeugt sind, daß man einen Schwangerschaftsabbruch nicht mit der Tötung menschlichen Lebens gleichsetzen kann; 8 Prozent die Zahl der über 200 000 Abtreibungen pro Jahr in der Bundesrepublik nur bewußt ist; 22 Prozent die Auffassung vertreten, daß ein Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich jeder Frau in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft erlaubt werden soll, dann in der Tat wird deutlich, daß ein akuter Handlungsbedarf zu einer Bewußtseinsänderung zugunsten des Lebensrechtes des ungeborenen Kindes besteht.“

Die bisherigen Initiativen der CDU-Landtagsfraktion und des CDU-Landesverbandes NRW wertet er in diesem Zusammenhang als beispielhaft. Er betonte, daß die Kommunalpolitische Vereinigung NW im Frühjahr 1989 eine landesweite Offensive unter dem Motto „Ja zum Leben — Unsere Verantwortung vor Ort“ starten wird.

Rösenberg führt weiterhin aus, daß es für die CDU unabdingbar sei, daß die vom Landtag beschlossenen Informationsmaßnahmen unter dem Motto „Kinder sind unsere Zukunft“ das verfassungsgemäß gesicherte Recht des ungeborenen Kindes auf sein Leben besonders herauszustellen ist und selbstverständlich die Hilfen für die sich in Not befindenden Frauen und die Schaffung einer kinderfreundlichen Mittelwelt ausreichend zu berücksichtigen sind.

Erste Signale aus der SPD-Landtagsfraktion lassen befürchten, daß der Schutz des ungeborenen Lebens vollständig aus der Informationskampagne ausgeschlossen werden soll. In dieser zentralen Frage ist der Ministerpräsident persönlich gefordert.



Professor Dr. Horst Posdorf, MdL:

„CDU fordert ein Gesamtstrukturkonzept für die NRW-Hochschulen“

Rund 454 000 Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen haben unter aus allen Nähten platzenden Fachbereichen, unter Rekordzuwächsen bei den Studienanfängern und Studentenzahlen und unter eklatanten Engpässen bei den Personal- und Sachmitteln zu leiden. Prof. Dr. Horst Posdorf, MdL, wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, hat am Montag, 30. Januar, eine Große Anfrage der Fraktion an den nordrhein-westfälischen Landtag vorgestellt. Bei der Vorstellung sagte er: „Die Landesregierung äußert sich zwar regelmäßig zur Bedeutung von Wissenschaft, Forschung, Lehre und Entwicklung für die Bildung und Ausbildung unserer jungen Menschen und für eine zukunftsorientierte Strukturpolitik in unserem Land, sie läßt die erforderlichen Konsequenzen daraus doch vermissen.“

In seiner Anfrage führte Posdorf aus, daß ein mit unseren Hochschulen abgestimmtes Gesamtstrukturkonzept für die zukünftige Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen fehle, es kein in sich schlüssiges Förderungskonzept gäbe, das die Forschungsförderungspolitik des Landes für Partner in Staat, Wissenschaft und Wirtschaft durchsichtig mache und eine koordinierte Förderung der Aktivitäten ermögele.

Posdorf verwies darauf, daß die Studentenzahlen seit 1988 kontinuierlich von 330 000 auf jetzt über 454 000 angestiegen sind. Dieser Trend werde sich auch in den kommenden Jahren trotz demographischer Entwicklungen aufgrund eines geänderten Übergangsverhaltens von Schule und Beruf zur Hochschule nicht wesentlich verändern.

Tatsache sei auch, so Posdorf weiter, daß

in NRW lediglich 216 000 Studienplätze zur Verfügung stehen und die Plandaten bis 1992 nur 219 000 Studienplätze ausweisen.

Statt mit den Hochschulen ein Gesamtstrukturkonzept für die Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen zu erarbeiten, werden nach dem Zufallsprinzip gesteuerte lokale bzw. sektorale Eingriffe vorgenommen. Dies werde zukünftig kaum abschätzbare Schäden für die Entwicklung unseres Landes nach sich ziehen.

Posdorf sagte weiter: „Geschmückt wird sich mit dem Begriff der dichtesten Hochschullandschaft im Ruhrgebiet. Dieser quantitative Aspekt darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß in keinem anderen Bundesland ein Hochschullehrer so viele Studentinnen und Studenten zu betreuen hat wie bei uns.“ Die Betreu-

ungsquote liegt um ein Drittel über dem Bundesdurchschnitt. Auch die Ausgaben für die Forschung seien in NRW weit unterdurchschnittlich.

Das gleiche Bild ergäbe sich beim Hochschulbau. Während noch 1974 Nordrhein-Westfalen mit 573 Millionen Mark und damit mit 34 Mark pro Kopf gut dastand, sind es heute mit 250 Millionen nur noch 15 Mark pro Kopf, und dies trotz steigender Studentenzahlen. Aus den Daten zog Prof. Posdorf folgenden Schluß: „Wenn das Bundesland mit der dichtesten Hochschullandschaft im Ruhrgebiet endlich den Bundesdurchschnitt erreichen will, dann muß es

- die Wissenschaftsausgaben um 1,6 Milliarden Mark,
- die Ausgaben für Forschung und Entwicklung an den Hochschulen um 300 Millionen Mark,
- das Personal um weit über 10000 Wissenschaftler aufstocken.

Posdorf: „Geredet wird von Umstrukturierung. Gehandelt wird nach dem umgekehrten Gieskannenprinzip. „Stellen, die zufällig frei werden, werden ohne Rücksicht auf die Konsequenzen für Forschung und Lehre eingesammelt, um sie dann von Frau Brunn freihändig wieder in die Bereiche zu stecken, die ihr opportun erscheinen.“ Somit seien Zufall und Willkür die beiden Säulen, auf denen die Wissenschaftspolitik in NRW basiere.

Posdorf: „Daß die Verteilung auch dann noch in die Kommunal- und Landtagswahlkampfzeit fällt, ist bei der Terminierung dieses gigantischen wahltaktischen Täuschungsmanövers peinlich genau bedacht worden.“

Kopflöse Schulpolitik

Der Erftkreis-Abgeordnete Alfons Müller (Wesseling) kritisierte erneut die Schulpolitik der nordrhein-westfälischen Landesregierung.

Aufgrund überzogener Auswahlkriterien hat Kultusminister Schwier für 100 zusätzliche Stellen für die nordrhein-westfälischen Grundschulen von 30000 arbeitslosen Lehrern nicht einmal 50 gewinnen können. Schwier wartet auf weitere Bewerbungen für sein Sonderprogramm zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung von Aussiedlerkindern.

Zum 1. Februar, wo er ursprünglich 100 Lehrkräfte einstellen wollte, liegen ihm nur 46 berücksichtigungsfähige Bewerbungen vor. Während in Nordrhein-Westfalen jährlich 4,8 Millionen Unterrichtsstunden ausfallen und die Lehrerkollegien vergreisen — das Durchschnittsalter der Grundschullehrer liegt derzeit bei 48 Jahren, im Aachener Raum sogar bei 59 —, verlautet aus dem nordrhein-westfälischen Finanzministerium, es werde keinen großen Schub an zusätzlichen Lehrern geben.

Statt eine Zukunfts-, an den Interessen der Schüler orientierte Schulpolitik zu betreiben, forciert die Landesregierung weiter ihre ideologischen Machenschaften zur Durchsetzung der Gesamtschule, wobei Elternbefragungen so lange wiederholt werden, bis sie dem politischen Willen der SPD entsprechen.

Unruhe an den Hochschulen:

Die Studenten demonstrieren – aber Frau Brunn macht weiter!

In den letzten Wochen wurde die Hochschulpolitik immer mehr in die Schlagzeilen gedrängt. Studenten gingen auf die Straße, boykottierten die Vorlesungen und veranstalteten eine Fülle von Aktionen. Der Grund waren die völlig unzureichenden Studienbedingungen, die mit einem neuen Rekord an Studienanfängern verschlimmert wurden.

Die Gründe sind in der Landespolitik zu suchen, wo die Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) versucht, den Pleitehaushalt von Nordrhein-Westfalen über die Hochschulen zu sanieren. Angesichts der 454 000 Studenten allein in NRW ist dies eine unverantwortliche Einstellung. Folgende Punkte bilden den Rahmen der Bildungspolitik der SPD:

■ Im Februar 1987 verkündete die Landesregierung ein Strukturprogramm 2001. Dieses Programm sah eine verstärkte Kooperation der Hochschulen vor, um so Geldmittel einzusparen. Erreicht wurde mit diesem Programm, daß die Hochschulen versuchen, sich ihren Teil vom Geldkuchen abzuschneiden. Dies ist aber leider zu verständlich, denn die Eckdaten sind völlig falsch. So sieht die Landesregierung voraus, daß sich die Studentenzahl bis zum Jahre 2000 halbieren wird – eine Annahme, die vollkommen unrealistisch ist.

■ Hauptgrund für die Studentenproteste im Wintersemester waren aber die Einrichtungen sog. Stellenpools, die von den Hochschulen gespeist werden sollten, die ausreichend Stellen zur Verfügung haben. Das einzige „Opferlamm“ waren die Geisteswissenschaften, die für die Naturwis-

schaften bluten sollen. Dies sahen die Studenten nicht mehr ein.

■ In dem Strukturprogramm 2001 fehlen auch kurzfristige Ansätze (z. B. Zeitverträge), um die Studentenmassen erst einmal vernünftig zu unterrichten.

■ Letztlich fehlt den Hochschulen aber auch das Geld für die Sachmittel. Dies hat zur Konsequenz, daß die Bücher, Computer usw. völlig veraltet sind. Dieses Zusammenspiel der verschiedenen Komponenten hat zu den bekannten Protesten in der Studentenschaft geführt. Oft ist die 88er- bzw. 89er-Generation mit der APO-Generation verglichen worden. Hier geht es jedoch nicht um gesellschaftliche Umwälzungen, sondern die Studenten gehen für ihre ureigensten Belange auf die Straße – nämlich für ihre Ausbildung. Diese Studenten brauchen die Unterstützung aller politischen Gruppen und Parteien.

Leider führte der Protest auch zu Gewalt und Unverständnis gegenüber den Politikern. Hier seien vor allem Berlin, Göttingen und München zu nennen. Es bleibt zu hoffen, daß dies nur Auswüchse geblieben sind. Die Studenten wollen nämlich keine Gewalttäter sein, sie wollen gehört und verstanden werden.

Axel Tantzén, RCDS NRW



Das Verhältnis der Gewerkschaften zur CDU:

Einheitsgewerkschaft erhalten, ausbauen und gestalten!

Anlässlich einer Konferenz christlich-demokratischer DGB-Gewerkschafter am vergangenen Wochenende in Dortmund sprach der stellvertretende Vorsitzende des DGB-Landesbezirks NRW, Edgar Prochnow, zum Thema: „Das Verhältnis der Gewerkschaften zur CDU“. Dabei stellte Prochnow einleitend fest, daß es keine Feindschaft zwischen der CDU und dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften gibt. — Im Gegenteil!

Die Einheitsgewerkschaft habe sich in der Vergangenheit bewährt. Sie zu erhalten, auszubauen und zu gestalten sei mehr als eine Frage der Vernunft, erklärte der DGB-Vize. Aber zeitgleich verspürten christlich-soziale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Spannungsfeld zwischen der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und der Mitgliedschaft in der CDU oft als drückendes Erlebnis, meinte Prochnow. So müßten die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Gewerkschaften ihre grundsätzliche politische Haltung erklären und zur Regierungspolitik Stellung nehmen und gleichzeitig in der Union und manchmal auch in der CDA ihre kritisch-konstruktive Begleitung der Politik und die Kritik der Gewerkschaften erklären. Dieses Spannungsfeld müsse aber nicht negativ sein. Es sei vielmehr Aufgabe der Christlich-Sozialen, dieses Verhältnis so zu gestalten, daß diese Spannung immer zum Dialog und zum Konsens führe. Ja-Sagertum und/oder Sprachlosigkeit

könne keine demokratische Organisation ertragen. Schon gar nicht die Einheitsgewerkschaft und CDA/CDU.

Prochnow zum Innenverhältnis wörtlich: „Uns christlich-demokratischen DGB-Gewerkschaftern ist allerdings eine Diskrepanz auffällig, und diese wird zunehmend zu einem Problem: ehrenamtlich tätige Gewerkschafter sind in einem viel höheren Maße an christlich-sozialen Prinzipien orientiert oder stehen der christlich-demokratischen Volkspartei näher, als dies bei einigen hauptamtlichen Gewerkschaftern deutlich wird. Für das gesamte Erscheinungsbild einer Gewerkschaft jedoch fällt die parteipolitische Position und Tätigkeit hauptamtlicher Gewerkschafter stärker auf und ist nachhaltiger in der Öffentlichkeit wirksam, als die der Mitglieder insgesamt.“

Die parteipolitische Unabhängigkeit oder Einseitigkeit einer Einheitsgewerkschaft würde ganz entscheidend daran gemessen, inwieweit christlich-soziale Gewerkschafter tatsächlich in der Gewerkschaftsorganisation mitarbeiten.

„Wir Christlich-Sozialen brauchen ein eigenes Profil, und dies muß deutlich erkennbar sein im DGB. Wir dürfen uns nicht ausgrenzen, sondern, wenn erforderlich, abgrenzen gegenüber denen, die eine andere Politik vertreten, als die, die wir als Gesamtheit mittragen können“, beschrieb Prochnow die Position der CDU-Gewerkschafter. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften und die

CDU haben nach 1945 die zweite deutsche Demokratie mit aufgebaut. Beide waren und sind Partner in der Demokratie und keine Konkurrenten.

In den vergangenen Jahren habe es Verstöße gegeben, die für die Demokratie schädlich waren. Es sei selbstverständlich, daß Gewerkschaften die Politik der jeweiligen Bundesregierung kritisch unter die Lupe nähmen. Wer allerdings Kritik übe, solle auch die positiven Leistungen würdigen, wenn er glaubwürdig bleiben wolle. „Die christlich-demokratischen DGB-Gewerkschafter in der CDA verstehen sich als Brücke zwischen den Gewerkschaften und der CDU. Sie können diese Aufgabe jedoch nur erfüllen, wenn die Gewerkschaften sich nicht als bloßes Kritikinstrument gegen die Bun-

desregierung verstehen und wenn die CDU dafür sorgt, daß die Stabilität dieser Brücke nach beiden Seiten erhalten und begehbar bleibt“, so Prochnow. Er erklärte weiter: „Wir wollen Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit, aber keine unerträgliche Polemik, weder aus den Reihen des DGB noch aus den Reihen der CDU. Dies wird von uns, den Christlich-Sozialen, weder gewünscht noch geduldet. Wir sind nicht mit allem, was und wie in Bonn reformiert und regiert wird einverstanden. Dies sagen wir auch. Ich erwarte aber auch, daß die Erfolge der CDA und der CDU in unseren Reden, Referaten und Vorträgen deutlich gemacht werden. Uns bringt nur ein konstruktiver und positiver Dialog in und mit unserer Partei weiter.“

Kirchen und CDU im Gespräch

CDU-Bezirksvorstand bei Franz Kardinal Hengsbach

Schulpolitik, Zukunft der Kohle und das Verhältnis von CDU und Kirche waren die Themen, die der CDU-Bezirksvorstand mit Ruhrbischof Franz Kardinal Hengsbach und seinen leitenden Mitarbeitern am 11. Januar im Essener Bischofshaus diskutierten. „Kirchen und CDU müssen im Gespräch bleiben“, stimmten Kardinal Hengsbach und Bezirksvorsitzender Dr. Lammert, MdB, überein, „dazu verpflichtet uns die gemeinsame Sorge um die Zukunft dieser Region und der Menschen im Ruhrgebiet.“

In der Schulpolitik habe die Landesregierung endlich dafür zu sorgen, daß tatsächlich an allen Schulen der in der Verfassung vorgeschriebene Religionsunterricht gegeben werden könne und eine akzeptable Regelung für Ersatzunterricht zu schaffen, wenn Schüler sich vom Reli-

gionsunterricht abmelden, waren CDU und Ruhrbischof einig.

In der Kohlepolitik komme es jetzt darauf an, Klarheit zu schaffen, wie realistische Absatzmöglichkeiten bei geringeren Subventionen für deutsche Steinkohle aussehen können. Der CDU-Bezirksverband werde einer Änderung der geltenden Mengen im Jahrhundertvertrag nur zustimmen, wenn gleichzeitig eine Verlängerung über 1995 zustande komme, so Lammert. Klare Zustimmung gab es für die Stellungnahme des Bottroper Katholikenforums im vergangenen November, das den „Konsens von Kohle und Kernenergie als überlebenswichtig für das Ruhrgebiet“ benannt hatte.

Da die Bindung vieler Christen an die CDU geringer werde, forderte Generalvikar Stütting die CDU auf, das „spezifisch christliche“ in Grundsätzen und politischen Entscheidungen wieder stärker deutlich zu machen.

Kommunalwahlen NRW:

CDU befürchtet „forcierte Materialschlacht der SPD“

„Mit Bedauern“ hat der nordrhein-westfälische Generalsekretär, Dr. Helmut Linssen, festgestellt, „daß die Landes-SPD ganz offensichtlich nicht bereit ist, in dem bevorstehenden Kommunalwahlkampf auf eine Materialschlacht zu verzichten“.

Ein Verzicht auf Großflächenplakate, so Linssen, wäre ein deutliches Zeichen für die Bereitschaft der SPD gewesen, mehr als bisher auf Argumente statt auf „Quadratmeter-Wüsten“ zu setzen. Nachdem die SPD den CDU-Vorschlag aber faktisch abgelehnt habe, könne sogar eine „forcierte Materialschlacht der SPD“ nicht mehr ausgeschlossen werden, meinte der CDU-Generalsekretär. Hierfür gebe es leider eine Vielzahl von Hinweisen aus den SPD-Gliederungen, die einen „Masse- statt Klasse-Wahlkampf“ vorbereiteten. Linssen: „Dies aber wäre ein Affront gegenüber den Bürgern, die nicht wissen wollen, wer sich am gefälligsten ins Bild setzt, sondern wer die besseren Argumente hat.“

Den Hinweis der SPD-Landesgeschäftsstelle auf einen Beitrag in der Januar-Ausgabe des „Deutschen Monatsblatts“, der sich ganz allgemein mit der Bedeutung der Plakate in Wahlkämpfen, nicht

aber mit der von der Landes-CDU aufgeworfenen Frage der Großflächenwerbung befaßt, bezeichnet Linssen als den „ebenso untauglichen wie unseriösen Versuch“, sich eine klare Antwort auf einen eindeutigen Vorschlag zu ersparen. „Wir hatten gehofft, von der SPD eine unmißverständliche Äußerung zu erhalten. Was aber bekommen wir geboten? Nur taktieren und lavieren — das typische Rau-Programm.“

Stiftung hat neuen Vorsitzenden

Ministerpräsident a. D. **Dr. Bernhard Vogel** wird neuer Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Mitgliederversammlung, die am 12. Januar 1989 in der Stiftungszentrale in Sankt Augustin bei Bonn tagte, folgte mit ihrer Wahl dem Vorschlag des Vorstandes. Dr. Vogel übernimmt sein Amt am 1. März 1989.

Der bisherige Vorsitzende, Bundesminister a. D. **Prof. Dr. Bruno Heck**, der die Stiftung seit 1968 leitet, wurde von der Mitgliederversammlung zum Ehrenvorsitzenden mit Sitz und Stimme im Vorstand und in den anderen Organen der Stiftung berufen.

Zur Lösung der globalen Menschheitsprobleme brauchen wir eine offensive Ethik des Handelns, die nicht nur fragt „Dürfen wir alles, was wir können?“, sondern auch „Können wir alles, was wir können müßten?“

Dr. Jürgen Rüttgers, MdB, Vorsitzender der Enquete-Kommission „Technikfolgen“



LFA Außen- und Deutschlandpolitik:

Westeuropäische Integration und Wiedervereinigung

Am Mittwoch, 11. Januar, fand die erste Sitzung des Landesfachausschusses Außen- und Deutschlandpolitik der CDU Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr unter der Leitung von Karl Lamers, MdB, in Bonn statt. Referentin war Frau Bundesminister Dr. Dorothee Wilms, die sich freundlicherweise bereit erklärt hatte, den Mitgliedern des LFA die Grundsätze der Deutschlandpolitik, sowie den Stand der innerdeutschen Beziehungen vorzutragen. Sie entledigte sich dieser Aufgabe in der ihr eigenen Mischung aus politischem Realismus und Charme.

Frau Wilms legte Nachdruck auf die Zusammengehörigkeit der von der Bundesregierung forcierten Europapolitik und der Deutschlandpolitik. Beide Bereiche gehörten zusammen, da es ohne eine westeuropäische Integration keine Wiedervereinigung geben werde. Frau Wilms warnte vor jeder Form des Bestrebens, die westeuropäische Integration als Alternative zur Deutschlandpolitik zu sehen.

„Wenn sich in Europa nichts bewegt, bewegt sich auch in der deutschen Frage nichts“, erklärte Frau Wilms. Ein Weg außerhalb der europäischen Gegebenheiten würde unweigerlich in die politische Isolation führen, wobei dies das Schlimmste wäre, was Deutschland passieren könnte, nämlich irgendwann wieder zwischen allen Stühlen zu sitzen.

Angesprochen auf die sowjetischen Veränderungen konstatierte Frau Wilms eine große Bewegung in der sowjetischen Außenpolitik, verwies aber darauf, daß sich in der Deutschlandpolitik der SU bisher nichts verändert habe, wie dies beim Besuch des Bundeskanzlers in Moskau durch Gorbatschow unzweifelhaft deutlich geworden sei. Das sei eine Reali-

tät um die man im politischen Handeln nicht herumkäme und die man auch innerhalb der Bundesrepublik nicht wég-diskutieren könne.

Im zweiten Teil ihrer Ausführungen gab Frau Wilms Auskunft über die Lage in der DDR und die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten in Deutschland. In der DDR sei die Lage durch die Reform-Diskussionen in der Sowjetunion gespannt. Allerdings dürfe man nicht erwarten, daß die SU in absehbarer Zeit auf die DDR-Führung Einfluß nehmen würde, den eigenen Reformen zu folgen. Daran könne die SU zum jetzigen Zeitpunkt kein Interesse haben, weil sie damit die relative Ruhe an ihrer westlichen Flanke gefährde. Reformbestrebungen von der DDR selbst seien ebenfalls illusorisch, da der real existierende Sozialismus in der jetzigen Form, die einzige Legitimationsbasis des Regimes sei, an dessen Grundfesten zu kratzen bedeutete, das eigene Fundament zu zerstören. Erfolge der Politik der Bundesregierung seien insgesamt in den innerdeutschen Beziehungen zu verzeichnen, die sich 1988 sehr positiv entwickelten. Über die

genaue Anzahl der Reisen von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik gäbe es zwar z. Z. keine Belegzahlen, die Tendenz sei jedoch unbestrittenermaßen steigend.

Eine Zahl von sechs Millionen Besuchsreisen aus der DDR seien jedoch durchaus realistisch, wobei Frau Wilms als besonders erfreulich betonte, daß von diesen sechs Millionen 1,3 Millionen Reisen von Personen unternommen wurden, die das Rentenalter noch nicht erreicht hatten.

Als besonderen Fortschritt wertete Frau Dr. Wilms die erheblich gestiegene Zahl von Städtepartnerschaften zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Intensiviert werden müßten hier jedoch noch die Begegnungen zwischen den Bürgern. Für 1989 sieht Frau Wilms den **Bereich des Umweltschutzes als ein vordringliches Thema**, um das sich verstärkt bemüht werden müsse. Zwar sehe sie Schwierigkeiten darin, daß die DDR in Teilbereichen nicht über die erforderliche Technologie verfüge; die daraus entstehenden Probleme müßten in künftigen Verhandlungen jedoch angegangen werden. Zusammenfassend wertete Frau Wilms die **Entwicklung der Beziehungen als kontinuierliche Stabilisierung**.

Kein Wahlrecht für Ausländer

Das von der SPD-Mehrheitsfraktion im Düsseldorfer Landtag geforderte Wahlrecht für Ausländer bei Kommunalwahlen wird von der CDU strikt abgelehnt. Ein unterschiedliches Wahlrecht auf den verschiedenen staatlichen Ebenen könne es nicht geben, erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heinz Paus: „Nur wer Mitglied im Staatsverband ist bzw. wird, kann auch das vornehmste Mitgliedschaftsrecht, nämlich das Wahlrecht, ausüben.“

Politik in der Gemeinde

„Gerade die Arbeit in der Gemeinde ist besonders wichtig.“ Dieser Ausspruch stammt von einem, der es wissen mußte — von Konrad Adenauer. Er gab auch den Grund an: Die Wähler in der Gemeinde sehen unmittelbar, was die Führung leistet.

Dem Kommunalpolitischen Seminar des Instituts für Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung liegt diese Einsicht zugrunde. Seine Ziele sind daher:

- eine Standortbestimmung des Bürgers im kommunalen Lebensraum zu ermöglichen,
- Entscheidungsprozesse durchschaubar zu machen,
- den Erfahrungsaustausch zwischen Bürgern, Mandatsträgern und Angehörigen der Verwaltung zu fördern,
- auf die Übernahme von Mandaten in der Gemeinde vorzubereiten.

Die sich über vier Stufen erstreckenden Veranstaltungen finden in Schloß Eichholz bei Bonn statt.

Die nächsten Termine für Einsteiger:

- 12. 2.—17. 2. 1989 (VA Nr. 39)
- 16. 4.—21. 4. 1989 (VA Nr. 100)
- 25. 6.—30. 6. 1989 (VA Nr. 170)

Weitere Informationen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Institut für Politische Bildung
Postfach 13 31, 5047 Wesseling
Telefon (0 22 36) 7 07-1

NRW muß mehr für Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft tun

Insgesamt steigen im Jahr 1989 die investiven Ausgaben der Bundesländer für Baumaßnahmen auf über 7,8 Milliarden DM. Sie liegen damit deutlich über dem Vorjahresniveau. Diese Entwicklung zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Baubranche ist besonders auf die Bauvorhaben in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg zurückzuführen. Hessen steigert seine Bauinvestitionen um **11,3 Prozent**, Bayern um **7,2 Prozent** und Baden-Württemberg um **6,9 Prozent**.

Dagegen verringert die SPD-Landesregierung von NRW unter Ministerpräsident Rau 1989 ihre Ausgaben für Bauinvestitionen um 3,1 Prozent. NRW ist damit wieder einmal ein schlechtes Beispiel: Die Landesregierung redet immer wieder

von neuen Arbeitsplätzen, in der täglichen Praxis gefährdet sie dann aber die vorhandenen Arbeitsplätze, weil sie das notwendige Geld für andere Zwecke verwendet. Dabei hat die CDU/CSU-FDP-Bundesregierung unter Helmut Kohl durch das Strukturhilfegesetz gerade NRW besonders geholfen. 750 Mio. DM stellt der Bund jährlich in den nächsten 10 Jahren dem Land NRW zur Verfügung.

Die SPD-Landesregierung ist aufgefordert, diese Mittel unverzüglich umzusetzen in Arbeitsplätze. Städtebau, Dorferneuerung, Kanalbau und Umweltschutz sind Bereiche, in denen gerade in NRW viel getan und die Bauwirtschaft angekurbelt werden kann.

Termine

- | | | | |
|---------------------------|-----------|--|---------|
| 10. 2. bis
11. 2. 1989 | 15.00 Uhr | Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU Akademietagung:
„Wieviel Ordnung braucht der Mensch?“
(Auskünfte: Herr Wollziefer,
Tel. [02 11] 1 36 00-38) | Mülheim |
| 17. 2. 1989 | 12.00 Uhr | „Europa und das Ruhrgebiet“, Europa-Konferenz der CDU des Ruhrgebiets, mit Dr. Karl-Heinz Narjes, Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaft
(Auskünfte: Tel. [02 34] 58 13 61) | Bottrop |
| 23. 2. 1989 | 19.30 Uhr | EAK-Bezirksverband Mittelrhein:
„Die Macht der Medien — Brauchen wir eine Ethik für Journalisten?“ | Bonn 2 |
| 24. 2. 1989 | 18.00 Uhr | Junge Union Nordrhein-Westfalen Kamingsgespräch m. CDU-Bundesgeschäftsführer Peter Radunski, Bundesgeschäftsstelle
(Auskünfte: Frau Missiriotis,
Tel. [02 11] 1 36 00-44) | Bonn |



25. 2. 1989	19.30 Uhr	„Das Ruhrgebiet und Belgien“ (Partnerstadt Vilvoorde), Europa-Konferenz der CDU des Ruhrgebiets (Auskünfte: Tel. [02 34] 58 13 61)	Ennepetal Oberhausen Stadthalle
3. 3. 1989	18.00 Uhr	„Ein Jahr nach der Ruhrgebietskonferenz“, mit Bundeskanzler Helmut Kohl	
4. 3. bis 5. 3. 1989		Seminar der Dufhues-Stiftung: „Rente — Leistungsanspruch oder Almosen“ (Auskünfte: Tel. [02 31] 43 38 93)	
10. 3. 1989	19.30 Uhr	„Das Ruhrgebiet und Irland“, Europa-Konferenz der CDU des Ruhrgebiets (Auskünfte: Tel. [02 34] 58 13 61)	Gelsen- kirchen
10. 3. bis 12. 3. 1989		Seminar der Dufhues-Stiftung: „Die deutschen Parteien im Vergleich“ (Auskünfte: Tel. [02 31] 43 38 93)	
11. 3. 1989		Frauenunion Nordrhein-Westfalen: Landesdelegiertentagung (Auskünfte: [02 11] 1 36 00-46)	Bonn
11. 3. 1989	10.00 Uhr	JU Nordrhein-Westfalen: 6. NRW-Tag (Auskünfte: Tel. [02 11] 1 36 00 44)	Herzogen- rath
11. 3. 1989	10.00 Uhr	LACDJ, LFA Umweltpolitik Tagung mit Bundesminister Töpfer: „Umweltrecht“ (Auskünfte: Herr Wollziefer, Tel. [02 11] 1 36 00-38)	Detmold Kreishaus
29. 3. 1989	9.30 Uhr	JU vor Ort: Opelwerk (Auskünfte: Herr Solberg, Tel. [02 11] 1 36 00-55)	Bochum
8. 4. 1989	10.00 Uhr	CDA Ruhrgebiet: Ruhrforum '89 (Auskünfte: Herr F. Högger, Tel. [02 31] 52 29 52)	Bochum
22. 4. 1989	10.00 Uhr	CDA Nordrhein-Westfalen: Landestagung (Auskünfte: Herr Lindemann/Frau Reitz, Tel. [02 11] 1 36 00 57)	Bergheim Siegen
29. 4. 1989		6. Landesparteitag	
20. 5. 1989	10.00 Uhr	CDA Nordrhein-Westfalen: Landestagung AG Betriebsgruppen (Auskünfte: Herr Lindemann/Frau Reitz, Tel. [02 11] 1 36 00 57)	